

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1996)

Heft: 1: Strom ohne Grenzen?

Artikel: Das neue Bewusstsein Wasserkraft

Autor: Bärtsch, Luzi / Huber, Adalbert / Gamma, Reto

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586091>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Rundtischgespräch über Chancen und Risiken einer Strommarktliberalisierung

Das neue Bewusstsein Wasserkraft

Der Ruf nach Liberalisierung bringt Bewegung in die Schweizer Strompolitik. Die angestammte Koalition zwischen der Elektrizitätswirtschaft und der Industrie bricht auseinander und gleichzeitig werden sich Regierungen der Gebirgskantone und Umweltschutzorganisationen gemeinsamer Interessen bewusst. Wiederholt hat sich dies an einem Rundtischgespräch mit Luzi Bärtsch (Bündner Regierungsrat), Adalbert Huber (Abteilungsleiter Energie bei der Von Roll AG), Reto Gamma (Urner SP-Landrat) und Heini Glauser (SES-Vizepräsident).

Gamma: Das grösste Risiko besteht darin, dass die Liberalisierung eine totale wird, das heisst zu einer Verwilderung ohne irgendwelche Leitplanken verkommt. Das ist immer die Gefahr, wenn man von Deregulierung und Liberalisierung spricht. Die Chance sehe ich darin, dass es Berggebieten längerfristig ermöglichen wird, mit einem eigenen Produkt, nämlich dem Strom aus Wasserkraft, auf den Markt zu treten - nicht behindert durch Wasserzins-schranken, nicht behindert durch Elektrizitätsgesellschaften aus dem

Unterland. Die Bergkantone könnten so ihre Marktposition längerfristig verbessern.

Huber: Es liegt natürlich absolut nicht im Interesse der Produktionsindustrie, die sehr gut funktionierende Schweizer Stromversorgung technisch kaputt zu machen. Eine Öffnung, bei der kreuz und quer nur nach dem billigsten Strom Ausschau gehalten wird, könnte die schweizerische Stromversorgung in Gefahr bringen. Das wollen wir überhaupt nicht. Wir fordern, dass sich die Politik aus dem

Strommarkt zurückzieht. Derzeit sind 75 Prozent der Elektrizitätswirtschaft im Besitz der öffentlichen Hand. Der Strommarkt soll zum Wirtschaftsgebiet werden, in welchem die Initiative des Einzelnen zum Tragen kommt. Die hohen Preise für den Strom sind weniger der Elektrizitätswirtschaft anzulasten, als vielmehr der öffentlichen Hand, die den Strommarkt zum Teil ganz massiv als Fiskalquelle benutzt. Dort müssen wir ansetzen. Wobei wir die Wasserzinsen natürlich weiterhin bezahlen werden, aber nicht zuviel. Dass die Berggebiete Entschädigungen zu gut haben, empfinde ich als selbstverständlich.

Bärtsch: Die Marktöffnung ist ja nicht einfach eine definierte Konstruktion. Entscheidend sind die eingebauten Rahmenbedingungen. Eine Chance sehe ich für die Industrie, dass der Strompreis günstiger wird. Für die Wasserkraft hat aber nur unter ganz

bestimmten Bedingungen ebenfalls eine Chance. Die heutige Versorgungssicherheit und Solidarität bei den Tarifen würden aufgebrochen. Leiden müssten in einem solchen Fall vor allem strukturschwache Randgebiet. Deshalb müssen Leistungsaufträge an die Verteiler definiert werden, um auch in ökonomisch uninteressanten Gebieten die Versorgung sicherzustellen. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe von weiteren Gefahren und Risiken, die mit einer Marktöffnung verbunden sind.

Glauser: Eine Öffnung könnte zu einer Bereinigung im Kraftwerkspark führen. Längerfristig würden Überkapazitäten abgebaut. Das Erstellen neuer Kraftwerke hinge direkter vom Bedarf ab. Dies würde gesamthaft

“Bei einer Öffnung des Strommarktes könnten Überkapazitäten abgebaut werden.”

Heini Glauser

auch die Produktionskosten senken. Andererseits liegt die Gefahr einer unkontrollierten Marktöffnung darin, dass die derzeitigen Überkapazitäten - in der Schweiz vor allem während des Sommers, gesamteuropäisch das ganze Jahr hindurch - zu tiefen Preisen führen und somit dem Markt die falschen Signal geben. Beim Übergang müsste darauf geachtet werden, dass nicht die Fehler, die sich über all die Jahre in der bisherigen Struktur eingeschlichen haben, jetzt durch die Liberalisierung verstärkt werden, sondern dass die Fehlentwicklungen eliminiert werden können.

Huber: Es wird immer erzählt, der Strom sei zu billig. Es gilt aber zu unterscheiden zwischen der Produktionsenergie und der Konsumenergie. Der Preis ist bestimmt nicht zu tief für die Produktionsenergie. Und wenn er bei den Haushaltungen im Vergleich zum Ausland günstiger ist, so dürfen wir uns darüber freuen.

Gamma: Energie ist nicht gleich Energie. In der Mischrechnung von

Spitzenstrom, Bandstrom und fossilen Energien ist die Energie viel zu billig. Denn die Folgekosten sind nicht im Preis integriert. Man sieht dies beispielsweise bei Tankerunglücken, wo bei der Sicherheit gespart wird, um den Ölpreis tief zu halten. Es muss der Umweltbewegung auf europäischer Ebene gelingen, die Energiepreise so zu korrigieren, dass die verursachten Kosten tatsächlich gedeckt sind. Wenn dies gelingt, müssen die Berggebiete keine Angst haben, mit dem Alpenstrom auf dem Markt Preise erzielen zu können, die ihren volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Wir müssen nicht versuchen, den Wasserzins zu vervier- oder zu verachtfachen. Diese Forderung liesse sich zwar begründen, aber nicht durchsetzen.

Ich hoffe vielmehr, dass durch eine Liberalisierung die Bergkantone ihre Heimfalloptionen wahrnehmen können. Bislang liess sich allein mit einem Werk nicht viel anfangen. Was fehlte, war die Leitung zum Konsumenten. Deshalb höre ich nun die Botschaft von der Stromliberalisierung sehr gern. Durch den so ermöglichten Zugang zum Leitungsnetz können sich die Berggebiete von Wasserkraftgebern zu - produzenten wandeln. Bei einer Strommarktöffnung wird nicht nur Von Roll den Strom aus Osteuropa beziehen können, sondern

“Die hohen Strompreise sind weniger der Elektrizitätswirtschaft anzulasten als vielmehr der öffentlichen Hand.”

Adalbert Huber

das Elektrizitätswerk Göschenen sein Gut nach Zürich oder Stuttgart verkaufen. In einem solchen Strommarkt kommen die Berggebiete durchaus auf ihre Kosten und können sogar auf Wasserzinsen verzichten.

Bärtsch: Auf Wasserzinsen können wir auf absehbare Zeit nicht verzichten. Die Wasserzinsen sind aber in der gesamten Diskussion meines Erachtens sowieso nur ein Nebenaspekt. Ich stimme Herrn Gamma zu, dass die Energie die Folgekosten zu tragen hat.

Das setzt aber auch voraus, dass die Umwelt- und Sicherheitsstandards international harmonisiert werden. Geschieht dies nicht, werden bei einer Marktöffnung Anlagen, die mit deutlich tieferem Umwelt- und Sicherheitsstandards erbaut wurden, die Wasserkraftwerke in den Bergen konkurrenzieren und deren Betrieb gefährden.

“Bislang fehlte den Berggebieten eine Stromleitung zum Kunden, um das Heimfallrecht wahrnehmen zu können. Deshalb höre ich die Botschaft von der Liberalisierung sehr gern.”

Reto Gamma

kurrenzieren und deren Betrieb gefährden.

Deshalb fordere ich ganz bestimmte Auflagen bei der Energieproduktion. Die Frage, ist der Strom zu billig, muss man also von zwei Seiten betrachten: Mindestens für die energieintensiven Betriebe in diesem Land besteht im Vergleich zu den anderen Industriezweigen ein Nachteil. An diesem Problem kann niemand vorbeischaun, denn auch die energieintensiven Betriebe übernehmen wichtige Aufgabe in diesem Land, wie zum Beispiel Recycling. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, ob diese mit sehr ungleichen Spiessen gegen die Konkurrenz zu kämpfen haben. Für diese Gruppe von Betrieben stellt der Strompreis eine Belastung dar. Allerdings ist nicht allein der Strompreis das Problem. Im Rahmen der Tarifgestaltung sollte man für die energieintensiven Betriebe Lösungen finden. Grundsätzlich verlange ich aber, dass der Strom die verursachten Kosten deckt. Ein solcher Schritt kann allerdings nicht mit einem Alleingang der Schweiz vollzogen werden, sondern im internationalen Kontext.

Gamma: Als 1954 der Urner Landrat über die Konzession für das Kraftwerk Göschenen diskutierte, haben ein paar Landräte verlangt, die Konzessionsdauer von 80 auf 40 Jahre zu

kürzen und die Beteiligung des Kantons Uri von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen. Das EKW hat damals gesagt: "Unter solchen Bedingungen sind wir an einem Kraftwerk Göschenen nicht mehr interessiert. In fünf Jahren haben wir billigen Atomstrom, und dann sind wir sowieso nicht mehr auf Euch angewiesen." Unter diesem Druck hat das Urner Parlament die Forderungen fallengelassen.

Man hat damals mit billigem Atomstrom Angst gemacht, um die Berggebiete in die Schranken zu weisen. Heute versucht man dasselbe mit billigem Oststrom. Es wird behauptet, mit der Liberalisierung komme die Industrie zu Billigstrom aus

entwerfen und fordern: Im Energiemarkt müssen mittelfristig die ökologischen Preise bezahlt werden. Dann stehen die Berggebiete als Stromproduzenten gut da.

Und wenn Herr Huber sagt, 75 Prozent der Elektrizitätswirtschaft seien im Besitz der öffentlichen Hand, spricht er vom Kanton Zürich und der Nordostschweiz. Ich glaube, Herr Huber könnte durchaus auch damit leben, wenn die Berggebiete als Alpen-Opec ihm zu Marktpreisen Strom verkaufen würden. Ob hinter dem Stromproduzenten die Urner Bevölkerung steht oder eine Aktiengesellschaft, an welcher der Kanton Uri wesentlich beteiligt ist, kann Ihnen ja egal sein. Sie interessiert

ausreichend Strom. Mit einzelnen Kraftwerken kann diese Sicherheit nicht gewährleistet werden. Es sind Verbände nötig, die über die Kantongrenzen hinaus fungieren. Das gleiche gilt für den Strombezug aus dem Ausland: Im Moment erscheint es verlockend, aus dem Osten billigen Strom zu beziehen. Doch wer garantiert mir, dass der auch wirklich immer geliefert wird? Bleibt der Strom nur ein Tag lang aus, ist der Preisvorteil des Billigstroms weg.

Glauser: Das was Sie jetzt gesagt haben, zeigt doch, dass die Strompreise nicht stimmen. Der Strom ist gesamthaft zu billig, da nicht alle Kosten gedeckt sind. Interessanterweise besteht



Reto Gamma: "Berggebiete könnten sogar auf Wasserzinsen verzichten."

(Fotos: Alain Simon)

Tschechien und Polen. Ihr in den Bergen müsst aufpassen, dass ihr Euch nicht ins Abseits begeben. Seid vernünftig und stellt Eure Forderungen zurück.

Die Berggebiete müssen aber - wie damals vor über 40 Jahren - keine Angst haben. Noch kann Osteuropa den Markt mit billigem Strom überfluten. In den kommenden Jahren werden aber diese Länder eine wirtschaftliche Entwicklung durchmachen, die den Stromkonsum ansteigen lässt. Zudem müssen die Werke im Osten erneuert werden. Daher bin ich überzeugt, dass in fünf bis zehn Jahren der Preiszerfall durch den Oststrom vorbei sein wird. Die Berggebiete müssen in dieser Übergangsphase keine Konzessionen machen, sondern eine Vorwärtsstrategie

doch, ob unser Strom billiger ist als der von anderen Anbietern.

Huber: Ich hätte gar nichts dagegen, von einer Alpen-Opec den Strom zu beziehen, wenn dies zu wirtschaftlichen Bedingungen geschieht. Bei der ganzen Diskussion darf allerdings ein Punkt nicht vergessen werden: Der Strom muss dann produziert werden, wenn er gebraucht wird. Und der Konsument fordert eine garantierte Lieferung. Unsere eigenen Kraftwerke im Misox liefern ein Mal viel, ein ander Mal nichts. Unsere Stahlwerke aber brauchen sieben Tage und Nächte die Woche Strom. Also arbeiten wir mit der Elektrizitätswirtschaft zusammen. Diese setzt den Strom aus unserem Kraftwerk zu Spitzenzeiten ab und garantiert uns die ganze Zeit über

"Eine zentrale Bedingung bei der Öffnung muss sein, dass erneuerbare Energien Priorität haben."

Luzi Bärtsch

genau bei der von Herrn Huber angesprochenen Bandenergie derzeit in Europa ein enormer Überschuss. Die Kilowattstunde wird im Sommer für zwei bis drei Rappen gehandelt. Auch ich finde es störend, wenn die Schweizer Betriebe das Doppelte oder gar Dreifache bezahlen müssen. Handkehrum hat der Strom aus den Berggebieten dank dem Vorteil, nach Bedarf liefern zu können, bedeutend mehr Wert, als heute dafür bezahlt wird. Gerade eine Liberalisierung könnte in diesem Punkt eine Korrektur bringen. Die Quersubventionierung würde wegfallen. Die Atomkraftwerke in der Schweiz produzieren im Mittel für acht bis neun Rappen pro Kilowattstunde. Der Strom aus den Speicherseen kostet dagegen im Durchschnitt fünf bis sechs Rappen - dieser Strom ist billiger, obwohl er hochwertiger ist. Durch die heutige Mischrechnung erhält der Konsument ein komplett falsches Signal. Ein krasses Beispiel für falsche Preissignale sind die Tarife für Elektroheizungen. Für sechs bis neun Rappen pro Kilowattstunde wird im Winter Strom verheizt. Der Wert des Winterstroms liegt aber wesentlich höher. Winterstrom aus neuen Kraft-

werken würde gar doppelt soviel kosten.

Bärtsch: Ich teile Herr Gammas Ansicht, dass die Kraftwerke im Osten zum Teil stillgelegt oder saniert werden müssen. Vielleicht erfolgt unter dem Druck und mit Unterstützung der westlichen Länder eine solche Bereinigung. Bei einem ganz offenen Wettbewerb kann Konkurrenz für die Wasserkraft aber auch durch Kombikraftwerke entstehen, die heute schon zu konkurrenzfähigen Preisen gebaut werden können. Ich wehre mich gegen eine Konkurrenzierung der Wasserkraft durch Anlagen mit fossilen Energieträgern. Eine der zentralen Bedingungen bei der Marktöffnung

“Mit der integrierten Ressourcenplanung müssen Sie aufpassen, Herr Glauser. Das ist Planwirtschaft.”

Adalbert Huber

muss daher sein, dass erneuerbare Energien für die Netzbetreiber Priorität haben. Dann wird die Wasserkraft die Stellung wahren können, die sie gerechtfertigterweise auch verdient. Denn was Herr Glauser über den Strompreis gesagt hat, stimme ich zu. Heute liefern die Wasserkraftwerke günstigen Strom. Mit den fünf bis sechs Rappen ist der Wert einer Kilowattstunde nicht abgegolten. Um einen Ausgleich zu erreichen, ist es sinnvoll und auch notwendig, die Wasserzinsen wieder zu erhöhen. Das ist nicht irgendeine Belastung, sondern eine Abgeltung für eine Leistung.

Bei einer Marktöffnung sollten weitere Leistungsaufträge definiert werden. Der Service publique muss aufrecht erhalten bleiben. Die Versorgungspflicht - auch von ökonomisch wenig interessanten Abnehmergruppen - darf nicht einfach über Bord geworfen werden. Für gleiche Bezüger sollen gleiche Tarife gelten. Eine Öffnung setzt voraus, dass eine ganze Reihe von Regulierungen erfolgt. Sonst sind die Gefahren und Risiken zu gross. Die Öffnung würde zu einem Rosinenpicken verkommen. Einzelne grosse, marktmächtige Be-

züger würden sich zu Lasten der Kleinen Vorteile verschaffen. Mit entsprechenden Leistungsaufträgen kann dies eingegrenzt werden.

Huber: Wir verlangen nicht einfach billigeren Strom, sondern wir sind auch bereit, eine Gegenleistung zu erbringen. Zusammen mit dem Stromlieferanten könnten wir ein Bezugsprofil erstellen. Wir brauchen ja nicht das ganze Jahr hindurch ständig volle Leistung. Wir können zu gewissen Zeiten darauf verzichten. Beispielsweise könnte die Von Roll gewisse Unterhaltsarbeiten während der Mittagsspitze von 11 bis 12 Uhr durchführen. Unsere Konkurrenten in Frankreich bezahlen weniger als die

Der Basisindustrie geht es nicht um das “Rosinenpicken”, sondern um das Erhalten von Arbeitsplätzen. Als Von Roll in Bodio das Stahlwerk schloss, waren auch die Zulieferer betroffen. Wir haben 300 Angestellte entlassen müssen, in der ganzen Region waren aber plötzlich 1000 Menschen ohne Arbeit.

Bärtsch: Ich habe den Überblick in Solothurn nicht. Wenn aber die Industrie tatsächlich die Haushaltungen quersubventioniert, müsste in Absprache mit der Elektrizitätswirtschaft eine kostengerechte Preisbildung erfolgen. Aber es wäre zu einfach, nur weil die Schweizer Industrie im Vergleich zum Ausland höhere



Luzi Bärtsch (l.) zu Adalbert Huber: “Stromkosten haben nicht die Bedeutung, wie Sie sie dargestellt haben.”

Hälfte für den Strom. Aber die Elektrizitätswerke können ihnen im Winter während 22 Tagen den Strom abstellen. Damit könnten wir auch leben. Wir müssen ja jedes Jahr Revisionen durchführen, die sich durchaus im Januar machen liessen. Aber mit den heutigen Tarifen fehlt der Anreiz, in Spitzenzeiten die stromintensiven Anlagen abzuschalten. Zudem subventionieren die energieintensiven Industrien die Haushaltungen quer. Wir bezahlen mehr. Beispielsweise besitzt die Region Solothurn mit ihren Betrieben, die viel Strom brauchen, eine sehr gute Stromversorgung - auch für die Haushaltungen. Hingegen müssen Gebiete, in denen es keine grossen Elektrizitätsverbraucher gibt, häufiger mit Störungen rechnen.

Stromausgaben hat, von einer Quersubventionierung der Haushalte zu sprechen. Es kann durchaus sein, dass die Industrie im Ausland gegenüber den Haushaltungen gezielt begünstigt wird. Das von Herrn Huber geschilderte Problem, ist aber das Problem von einigen wenigen Betrieben in der Schweiz. Daran kann man nicht die gesamte Konzeption der Preisbildung und Versorgung aufhängen. Da müssen individuelle Lösungen gefunden werden. In den meisten Betrieben machen die Stromkosten nur drei bis fünf Prozent der Gesteuerungskosten aus. Beschäftigungspolitisch haben sie nicht die Bedeutung, wie sie Herr Huber dargestellt hat.

Gamma: Was Herr Huber sagt, tönt ja völlig vernünftig. Ein Grosskon-

sument von Strom macht mit dem Lieferanten ab, wann es am sinnvollsten ist, Strom zu beziehen. Das soll auch preislich entschädigt werden. Genauso vernünftig finde ich die Position der Berggebiete. So wie Herr Huber von einem Stahlwerk spricht, bei dem der Strom einen grossen Stellenwert besitzt, hat für uns in den Alpen der Strom ebenfalls einen hohen Stellenwert: Er ist unser einziger Rohstoff, den wir natürlich möglichst marktgerecht zu verkaufen versuchen. Als Herr Bärtsch vorhin von der Abgeltung der Spitzenenergie durch höhere Wasserzinsen sprach, haben Sie, Herr Huber, gelächelt. Wenn die Von Roll verlangt, dass Bandenergie billiger wird, dann müssen sie uns in

langen billigeren Strom und sind bereit, dafür eine Gegenleistung zu erbringen: Während Zeiten, die mit dem Stromproduzenten vereinbart wurden, wird der Stromverbrauch reduziert. Das ist genau das Prinzip der sogenannten "Negawatt" oder "Einsparkraftwerke". Der Strom, den die Von Roll nicht braucht, steht anderen zur Verfügung. Wenn Unternehmen diesen Spielraum wirklich ausschöpfen, ist ein gewaltiges Potential vorhanden. Jeder und jede, die zu diesen Negawatts beiträgt, soll in den Genuss von Tarifvorteilen kommen. Durch solche Vereinbarungen gewinnen alle Beteiligten: Auf neue Kraftwerks- und Leitungskapazitäten kann verzichtet werden und teure

dann diktiert, was man tun darf und was nicht. Ich wehre mich dagegen, dass man mit der Marktöffnung alles durcheinanderwirbelt und dann schaut, was dabei rauskommt. Sondern wir müssen ganz sorgfältig vorgehen. Zuerst müssen wir dem Volk klar machen, was eine Marktöffnung überhaupt bedeutet. Die meisten haben keine Ahnung davon. Und dann müssen wir - wie es sich auch die EU zum Ziel gesetzt hat - eine bessere Konkurrenzfähigkeit der Industrie erreichen. Nicht für alle, aber für gewisse Betriebe.

Bärtsch: Wie Sie für eine Marktöffnung argumentieren, scheint mir fragwürdig. Einerseits wollen Sie die



Heini Glaser: "Strom aus den Alpen ist mehr Wert, als heute dafür bezahlt wird."

den Alpen auch zugestehen, dass wir einen teureren Preis erhalten für die Spitzenenergie. Das ist es, was ich unter freiem Markt verstehe. Heute ist der Wasserzins gesetzlich geregelt. Wir sind also staatlich gezwungen, den einzigen Rohstoff zu einem gesetzlich festgeschriebenen Preis zu verkaufen.

Huber: Ich sage schon lange, wir brauchen in der Schweiz Tarife, wie sie Frankreich kennt. Dort kostet während der Ferienzeit im Juli eine Kilowattstunde keine zwei Rappen. Im Winter aber bezahlt man zu Hochlastzeiten bis zu 50 Rappen für eine Kilowattstunde.

Glaser: Der Vorschlag von Herrn Huber finde ich interessant. Sie ver-

Investitionen für spezifische Verbrauchsspitzen fallen weg. Generell ist es sinnvoll, zusammen mit Industriebetrieben Verbrauchsmanagement, Einsparpotentiale und Eigenstromproduktion zu überprüfen und zu realisieren. Darin liegt ein grosses Kostensparpotential sowohl für die Industrie wie auch für die Elektrizitätswerke. Die von Herrn Huber vorgeschlagenen Vereinbarungen sind Elemente einer integrierten Ressourcenplanung. Die Kosten können reduziert, die Umwelt kann geschont und die Wasserkraftwerke fairer entschädigt werden.

Huber: Mit der integrierten Ressourcenplanung müssen Sie aufpassen, Herr Glaser. Das ist Planwirtschaft. Von einer übergeordneten Stelle wird

"Auch die Bündner Regierung will nicht den letzten Tropfen Wasser in Profit ummünzen."

Luzi Bärtsch

Marktöffnung um zu günstigeren Strompreisen zu kommen, andererseits wehren Sie sich gegen irgendwelche zusätzliche Regulierungen. Das geht natürlich nicht. Die Beispiele von bereits eingeführten Marktöffnungen - etwa in England - zeigen überdeutlich, dass eine Deregulierung mit einer neuen Regulierung erfolgt. Es gibt schon einige Punkte, die geregelt sein müssen. Die Energieversorgung ist eine politische Aufgabe. Bei der Förderung der erneuerbaren Energien oder bei freiwilligen Sparmassnahmen stellt sich bei einer Marktöffnung die Frage nach den Grenzen entsprechender Aufträge. Und wenn Herr Huber fordert, dass sich die Politik aus der Elektrizitätswirtschaft zurückzieht, werden sich Herr Gamma und ich dagegen zur Wehr setzen. Die Berggebiete wollen heute und in Zukunft die Heimfallregelung beibehalten und Einfluss nehmen bei Bewilligungsverfahren. Man kann nicht davon ausgehen, dass eine Privatisierung einfach besser ist.

Huber: Die Politik soll sich nicht zurückziehen, sondern ihren Einfluss auf den Bereich reduzieren, der wirklich nötig ist. Jetzt ist der Einfluss zu gross.

Bärtsch: Für die Kraftwerke, die ich kenne, trifft dies nicht zu. Einem Verwaltungsrat eines Kraftwerks gehört nebst dem Vertreter der Standortgemeinde allenfalls noch ein Mitglied der Regierung an. Der Betrieb wird aber nach unternehmerischen Gesichtspunkten geführt. Sie werden

“Hubers Vorschlag finde ich interessant: Da ist ein gewaltiges Sparpotential vorhanden.”

Heini Glauser

doch wohl nicht die Interessenwahrung der Standortgemeinde in Frage stellen?

Gamma: Langfristig müssen die Berggebiete das Heimfallrecht geltend machen und als Produzenten auf dem Markt auftreten. Im gesamten Energiemarkt werden die Kosten integriert. Die Berggebiete müssen Bündnispartner in der Umweltbewegung suchen. Bei der Alpeninitiative ist uns dieses Vorhaben gelungen.

Gleichzeitig müssen wir darauf verzichten, die Wasserkraft in den Alpen weiter auszubauen, auch wenn dies im Moment ökonomisch nicht drin liegt. Wir müssen klar zeigen, wir wollen nicht das letzte Alpental unter Wasser setzen. Entscheidend wird die Wahl des richtigen Bündnispartner sein: Nur mit ihm werden wir sowohl eine geschützte Umwelt als auch mehr Geld für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben haben. Wenn die Kosten integriert sind, habe ich keine Angst vor einem freien Markt.

Bärtsch: Weil die Wasserkraft eine erneuerbare, umweltfreundliche Energie ist, könnten wir bei einer Kostenintegration auf viele Leitplanken verzichten. Allerdings glaube ich nicht daran, dass sich in Europa die Belastungen der Energie so realisieren lassen, dass sie die verursachten Kosten decken. Nur schon die Diskussion um eine CO₂-Abgabe zeigt, wie ungeheuer schwer eine solche Massnahme zu realisieren ist. Eine Integration der Kosten wird auch auf

längere Sicht nicht möglich sein. Deshalb müssen bei einer vorzeitigen Marktöffnung Leitplanken - wie Priorität der Wasserkraft - eingebaut werden.

Bei der Frage des Ausbaus der Wasserkraft bin ich ähnlicher Meinung wie Herr Gamma. Auch die Bündner Regierung will nicht den letzten Tropfen Wasser in Profit ummünzen. Wir wollen aber differenzieren: Wo es sich um Optimierungen und sinnvolle Ausbauten handelt, wollen wir noch realisieren. Aber der grosse Ausbau der Wasserkraft ist vorbei. Und eine Partnerschaft mit den Umweltschutzorganisationen ist durchaus möglich - vorausgesetzt sie anerkennen die Abrufpriorität der Wasserkraft.

Huber: Wenn in der Schweiz Deregulierung gefordert wird, dann wird als erstes gefragt: Ja halt, was muss man dann regeln? Das ist es was verkehrt läuft. Für mich geht es nicht um eine Marktöffnung auf den 1. Januar 1998 oder irgend ein anderes festes Datum. Das ist eine Entwicklung, die wir durchmachen müssen. Dann wird sich schon zeigen, was es zu regeln gilt. Was unbedingt ver-

“Wenn das Berner Elektrizitätswerk 30 Prozent des Stromumsatzes der Stadt abliefern muss, ist das eine Schweinerei.”

Adalbert Huber

schwinden muss, ist die Tarifsolidarität für die energieintensive Industrie. Für die anderen ist sie durchaus richtig, für uns aber ein Fehler.

Weg müssen auch die fiskalischen Belastungen. Wenn zum Beispiel Berns Stadtrat beschliesst, dass das städtische Elektrizitätswerk 30 Prozent des Stromumsatzes abliefern muss, dann ist das eine Schweinerei. Strom darf nicht als Steuersubjekt angesehen werden. Die Umsetzung dieser beiden Forderungen wäre ein erster Schritt in Richtung Öffnung. Alles weitere muss sich entwickeln. Ich plädiere auch nicht für einen

Third Party Access. Ich weiss ja nicht, ob das was bringen würde.

Bärtsch: Da die EU die Absicht einer Marktöffnung formuliert hat, ist es die Pflicht des Bundes sich nun damit auseinanderzusetzen, welche Modellkonzeption er anstreben will und welche Rahmenbedingungen er fordert, damit die Chancen überwiegen und

“Die Berggebiete müssen Bündnispartner in der Umweltbewegung suchen – wie bei der Alpeninitiative.”

Reto Gamma

die Risiken in Grenzen gehalten werden. Um der Industrie kurzfristig entgegenzukommen, müssen die Quersubventionierungen im Strommarkt bekämpft werden. Dazu muss die Elektrizitätswirtschaft die Karten auf den Tisch legen. Zudem sollten die Tarife flexibilisiert werden.

Glauser: Ich verlange ebenfalls eine Strommarktöffnung mit klaren Rahmenbedingungen, um eine Verwilderung zu vermeiden. Zu diesem Rahmenbedingungen gehören ganz klar eine Vorzugsregelung für die Wasserkraft und die erneuerbaren Energien. Zu fördern gilt es auch die höhere Energieeffizienz durch eine dezentrale Energieerzeugung. Wie Herr Huber angetönt hat, sollten bei der Stromversorgung die Möglichkeiten für Optimierungen, aber auch Effizienz- und Einsparpotentiale auf Verbraucherseite stärker miteinbezogen werden.

Gamma: Für mich steht im Vordergrund, dass nun die Heimfallregelung überdacht wird. Denn in einem freien Markt bietet sie ganz andere Chancen. Nun verschwindet das Hemmnis, dass die Berggebiete mit dem heimgefallenen Strom nicht zu den Konsumenten gelangen können. □

Gesprächsleitung: Patrick Frei